

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Demokratie-Konferenz in Strassburg eröffnet

(spk/dpa) Der französische Staatspräsident Francois Mitterrand hat an der zweiten Weltkonferenz über Demokratie das Bemühen der Länder Europas um die Erhaltung demokratischer Grundwerte nach 1945 gewürdigt. «Der Totalitarismus, das Rasseln der Waffen und Millionen Todesopfer waren nötig, um uns den Wert der Demokratie wieder bewusst zu machen», sagte Mitterrand zur Eröffnung der Konferenz am Montag in Strassburg. An der Eröffnung nahmen auch S.D. Erbprinz Hans Adam von Liechtenstein und Regierungschef Hans Brunhart in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarates teil.

Vor 400 Parlamentariern aus über 40 Ländern der Welt sprach sich Mitterrand für einen Volksentscheid bei gesellschaftlich wichtigen Fragen sowie für die Beteiligung ausländischer Mitbürger an Kommunalwahlen in Frankreich aus. Er bezeichnete das Parlament als Hauptelement jedes demokratischen Systems, das in einigen Ländern Europas zu seiner ursprünglichen Funktion der Regierungskontrolle zurückkehren sollte, anstatt Regierungsfunktionen auszuüben.

In verschiedenen Arbeitskreisen sprechen die Abgeordneten bis Mittwoch über die Mitwirkung der Bürger in der Demokratie, über das Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten sowie über die Rolle der Massenmedien. Auf der ersten Demokratie-Konferenz im Oktober 1983 hatten sich Abgeordnete aus 27 Ländern über die Grundprinzipien des parlamentarischen Systems geeinigt.

## Gewichtslimit für LKWs führt zu Differenzen

(AP) Die Bundesrepublik Deutschland hat in der vergangenen Woche Österreich und der Schweiz deutlich gemacht, dass sie sich für Lastkraftwagen dieser Länder für die Fahrt durch die Bundesrepublik eine Beschränkung auf das bei ihnen geltende Gewichtslimit vorbehalten muss, falls deutsche Lastwagen nicht mit dem EG-Limit österreichische oder schweizerische Strassen benutzen dürfen.

Österreich hat eine Höchstgrenze von 38 Tonnen für LKWs, die Schweiz sogar nur eine Grenze von 28 Tonnen, während für die EG eine Obergrenze von 40 Tonnen gilt. Wie aus dem Bundesverkehrsministerium verlautete, nutzen österreichische und schweizerische LKWs für Fahrten in die Bundesrepublik das hier geltende EG-Limit weidlich aus, während deutsche LKWs sich in beiden Alpenländern an die dort vorgeschriebenen Obergrenzen halten müssen.

## Neue Schichtmodelle und 40-Stunden-Woche

Verhandlungen zwischen Arbeitnehmerverband und Industrie- und Handelskammer über aktuelle Fragen

Derzeit werden in unserem Land neue Modelle für die Schichtarbeit in den Industriebetrieben diskutiert und teilweise auch in den Betrieben erprobt, um Erfahrungen zu sammeln. Über die Verhandlungen zwischen dem Arbeitnehmerverband (LANV) und der Industrie- und Handelskammer über die neuen Schichtmodelle, die Betriebskommissionen sowie die 40-Stunden-Woche in der Metallindustrie berichtet das Verbandsorgan «LANV-Information» in der jüngsten Ausgabe.

Die Metallarbeiter werden ab dem 1. Januar 1988, wie in der Schweiz, nur noch 40 Stunden in der Woche (bisher 41 Stunden) arbeiten. Eine Senkung der Arbeitszeit ist zwar noch nicht beschlossen, weil die definitiven Verhandlungen noch ausstehen, doch schreibt das LANV-Organ dazu, die Reduktion auf den besagten Zeitpunkt sei «vorverabredet». Nach Meinung der Industrie- und Handelskammer ist mit dieser Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit «die unterste Grenze der Arbeitszeitverkürzungen» erreicht.

### Schichtarbeit ohne Sonntag

Auch über die Schichtarbeit und die Stellung der Betriebskommissionsmitglieder ist nach der LANV-Darstellung noch keine Entscheidung gefällt worden. Doch

haben beide Verhandlungspartner ihre Positionen bekräftigt, die auf der einen wie auf der anderen Seite zu einer Regelung noch eine gewisse Kompromissbereitschaft erfordern dürfte.

Der LANV verlangt von neuen Arbeitsplätzen, die durch moderne Schichtarbeitsmodelle entstehen, eine humane Ausgestaltung und zwar in bezug auf die «Zeiteinteilung, auf die Gesundheit oder aber auch auf das Familien-, das Vereins- und das öffentliche Leben des Arbeitnehmers». Die Schichtarbeitsregelung darf nach Ansicht des LANV den Sonntag als Arbeitstag nicht umfassen, eine derartige Regelung werde grundsätzlich abgelehnt.

Die Industrie- und Handelskammer dagegen hat nach Darstellung der «LANV-Information» darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die geplante Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden pro Woche «die Möglichkeiten der Schichtarbeit» nicht noch weiter eingeschränkt werden sollten. Sowohl dem Konkurrenzdruck als auch der Situation durch die Überfremdung und den restriktiven Zulassungsbestimmungen für Ausländer müsse bei einer Lösung entsprechend Rechnung getragen werden.

Der LANV hat bei den bisherigen Verhandlungen mit der Industrie- und Han-

delskammer im weiteren einen besonderen Kündigungsschutz für die Betriebskommissionen, insbesondere für die Präsidenten dieser Betriebskommissionen, gefordert. Ferner muss nach dieser Forderung «der direkte Weg eines Betriebskommissionspräsidenten zur Lösung innerbetrieblicher Problemfälle zum Firmainhaber oder auch zur Firmadirektion» in Zukunft ohne Einschränkung gewährleistet sein.

Im weiteren sollte es «im Sinne einer aufrechten Partnerschaft» dem Präsidenten einer Betriebskommission möglich sein, «Einsitz in die Ertragsbilanz der Firma über das Geschäftsjahr» zu nehmen. Zudem sollten die Betriebskommissionen bei allfälligen «Umgestaltungsbestrebungen von Arbeitsplätzen, z. B. in Richtung neuer Technologien» schon im Stadium der Vorabklärungen in die Entscheidung miteinbezogen und den Betriebskommissionsmitgliedern die Möglichkeit eingeräumt werden, die für die Erledigung der Aufgaben notwendige Zeit während der Arbeitszeit zur Verfügung zu stellen.

Eine erste Gesprächsrunde zwischen dem Arbeitnehmerverband und der Industrie- und Handelskammer hat noch vor den Sommerferien stattgefunden. Weitere Besprechungen werden notwendig sein, die noch offenstehenden Fragen zu lösen. (G.M.)

## Im Bündnerland 150 Mio Franken Schaden

Chur (spk) Die schweren Unwetter Mitte Juli haben im Kanton Graubünden Schäden in der Höhe von 150 Mio Franken angerichtet. Diese Zahl nannte Regierungspräsident Christoffel Brändli gestern zu Beginn der Septembersession des Grossen Rates, die bis Samstag dauert. Nicht enthalten sind in dieser Summe die Schäden von Privaten und an Kraftwerken.

Durch die Schliessung der Gotthard-Route nach den Unwettern in der Innerschweiz musste der gesamte Gotthardverkehr über den San Bernardino umgeleitet werden. Dadurch musste die Autostrasse die doppelte Anzahl Personenwagen und das sechsfache an Lastwagen aufnehmen. Deshalb wurden auf der Strecke 60 Prozent mehr Unfälle registriert als in der Vergleichsperiode ohne Gotthardunterbruch. Zwar sollen ab 18. Oktober auch grosse Lastwagen im Konvoi den Gotthard wieder passieren können, eine wesentliche Verbesserung der Situation wird sich aber erst mit der baulichen Sanierung im Kanton Uri einstellen. Sollte sich die Verkehrslage bis zum Wintereinbruch nicht wesentlich verbessern, müssten laut Regierungsrat Brändli «einschneidende Massnahmen» in Betracht gezogen werden, wie die Einführung eines Fahrverbotes für den Schwerverkehr an Samstagen, Einschränkung der Transporte mit Sonderbewilligungen und temporäre Fahrverbote für Anhängerzüge und Sattelschlepper.

## Fast zwei Mio. Franken Überschuss in Eschen

Gemeinde Eschen legte Jahresrechnung für 1986 vor – Hoher Überschuss in laufender Rechnung

Die Gemeinde Eschen weist für das Jahr 1986 einen Überschuss von fast zwei Millionen Franken aus. Die Finanzlage der grössten Unterländer Gemeinde präsentiert sich damit recht komfortabel. Der Überschuss betrifft sowohl die laufende Rechnung als auch die Gesamtrechnung.

Die laufende Haushaltrechnung schliesst bei Aufwendungen in Höhe von 4,059 Millionen Franken und einem Ertrag von 9,272 Millionen Franken mit einem erheblichen Überschuss ab. Nach Vornahme von Abschreibungen im Ausmass von 3,344 Millionen Franken verbleibt der laufenden Rechnung ein Ertragsüberschuss von 1,867 Millionen Franken.

### Steuern und Finanzausgleich

Auf der Einnahmenseite sticht der Ertrag über die Steuereinnahmen und den Finanzausgleich hervor. Bei einem Brutto-Ertrag von 9,272 Millionen Franken erreichen die Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich ein Volumen von

7,593 Millionen Franken. Die Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich des Staates halten sich ungefähr die Waage: Aus dem Finanzausgleich flossen der Gemeinde Eschen 3,834 Millionen Franken zu, während die Einnahmen aus der Vermögens- und Erwerbssteuer 2,588 Millionen Franken und aus der Kapital- und Ertragssteuer 1,088 Millionen Franken ausmachen. Die übrigen Steuererträge erreichen mit Ausnahme der Grundstückgewinnsteuer im Ausmass von 72,321 Franken nur marginale Beträge.

### Schulwesen und Verwaltung

Auf der Aufwandsseite erreichen die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung mit 673,422 Franken und das Schulwesen mit 809,576 Franken die höchsten Anteile. Das Bauwesen beanspruchte Mittel in Höhe von 533,667 Franken, das Kirchenwesen steht mit 380,343 Franken zu Buche und das Sozialwesen mit 233,540 Franken.

Recht hohe Ausgabeposten stellen

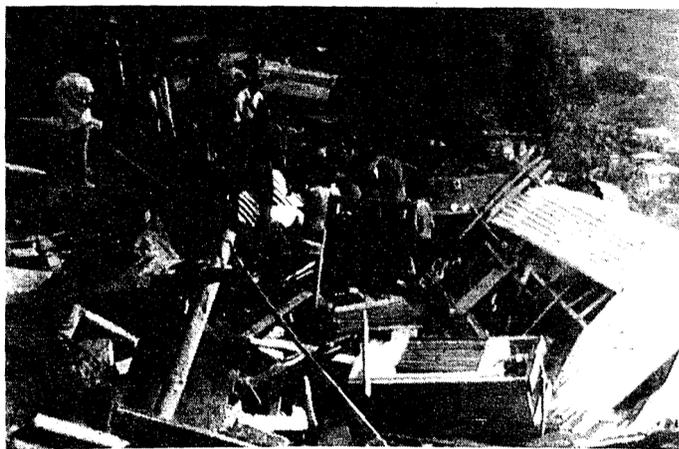
auch die Waldwirtschaft mit 277,027 Franken und die Ausgaben für Sport und Freizeit mit 218,599 Franken dar.

Das Zinsengeschäft ergab in der Zusammenfassung einen erheblichen Mehrertrag. Auf der Aufwandsseite stehen Aufwendungen für Zinsendienste in Höhe von 132,344 Franken, während auf der Ertragsseite der Gemeinde über die Zinsen 388,819 Franken zufließen.

### Investitionen von fast 4 Millionen

Die Investitionsrechnung schliesst bei Aufwendungen von 3,933 Millionen Franken mit einem Deckungsüberschuss von 1,872 Millionen Franken ab. Den Aufwendungen stehen – unter Einschluss des Ertragsüberschusses aus der laufenden Rechnung in Höhe von 1,867 Millionen Franken – insgesamt 5,805 Millionen Franken als Erträge gegenüber. Unter den Investitionen stehen die Beträge für die Alte Schule Nendeln mit 923,205 Franken, der Strassenbau «Im Feld» mit 244,996 Franken und das Gemeindehaus mit 353,581 Franken hervor.

## Naturkatastrophe in den Anden



Wieder eine Naturkatastrophe in Kolumbien: Nach heftigen Regenfällen in den nördlichen Anden brachten Sturzbäche einen Berghang in Bewegung, der über ein Viertel der zweitgrössten kolumbianischen Stadt Medellin (über eine Million Einwohner) hereinbrach und etwa 60 Häuser unter einer drei Meter hohen Geröll- und Schlamm-lawine begrub. Bis gestern Abend wurden über 100 Tote und 200 Verletzte geborgen, gegen 500 Einwohner werden noch vermisst. Unter den Opfern sind auch 30 Kinder, die ihre Erstkommunion feierten. Die Rettungsmannschaften, die in Schlamm und Schutt nach Überlebenden suchen (unser Bild), riskierten ihr Leben, da mit weiteren Erdstößen zu rechnen war. (Vgl. auch «Letzte Seite».)

## Charta der kommunalen Selbstverwaltung

Liechtensteiner Regierung hat noch nicht entschieden

Der Schweizer Bundesrat hat das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) beauftragt, die Frage eines eventuellen Beitritts der Schweiz zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung abzuklären. Wie das EDA am Montag in einem Communiqué mitteilte, wurde die Charta vom Europarat erarbeitet und hat zum Ziel, die Stellung der Gemeinden gegenüber ihren übergeordneten politischen Einheiten zu stärken. In Liechtenstein befindet sich dem Vernehmen nach ein Antrag in Ausarbeitung.

Der Entscheid des Bundesrates ist laut EDA eine Folge der Kritik, die von verschiedenen Kantonen, Parteien und Verbänden in einem Vernehmlassungsverfahren gegen die Charta vorgebracht worden sei. Insbesondere sei gerügt worden, dass die Charta die Freiheit der Kantone, sich selbst zu organisieren, einschränke. Der Bundesrat vertritt jedoch die Auffassung, dass die Frage des Beitritts der Schweiz zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung wegen der europäischen Ausrichtung der Schweiz und wegen des Modellcharakters unseres Landes in bezug auf die kommunale

Selbstverwaltung weiter vertieft werden sollte.

Die vom Europarat erarbeitete Charta liegt seit dem 15. Oktober 1985 zur Unterschrift auf. Bis heute ist sie von 13 Ländern unterzeichnet, aber noch von keinem ratifiziert worden. Wie das Amt für Auswärtige Angelegenheiten auf eine Anfrage mitteilte, hat sich die liechtensteinische Regierung noch nicht mit einem Beitritt befasst. Ein entsprechender Antrag werde jedoch derzeit ausgearbeitet. Die Schweizer Delegation hat sich bei der Abstimmung im Europarat der Stimme enthalten, weil zuerst ein Vernehmlassungsverfahren eingeleitet werden sollte. Aus den Vernehmlassungsantworten geht nun hervor, dass die Befürworter eines Beitritts die Forderungen der Charta als in der Schweiz schon mehr denn erfüllt betrachten. Somit gebe es keinen Grund, nicht beizutreten.

Für die Gegner stehen eher innenpolitische Überlegungen im Vordergrund: Gerade weil in der Schweiz kommunale Selbstverwaltung einen so hohen Stand erreicht habe, sei es weder nötig noch sinnvoll, irgendwelche Kompromisse einzugehen.

## Volksinitiative für zweite Gotthardröhre

Basel/Bern (AP) Über den Bau einer zweiten Autobahnröhre durch den Gotthard soll der Stimmbürger entscheiden. Der Basler Autojournalist Bernhard Böhi will Unterschriften für eine Volksinitiative zum Bau eines Tunnels zwischen Göschenen (UR) und Airolo (TI) sammeln, wie er am Montag in Basel mitteilte. Die Automobilverbände ACS und TCS begrüssen die Idee einer neuen Tunnelverbindung auf der Nord-Süd-Achse.

Böhi bezeichnete eine zweite Gotthardröhre als unbedingt nötig. Er rechne damit, die nötigen 100'000 Unterschriften schon bis nächsten Sommer beisammen zu haben. Böhi ist als Initiator von drei Volksbegehren im Bereich des privaten Strassenverkehrs bekannt geworden. Im Januar 1985 überbrachte er die Unterschriften für eine Initiative pro Tempo 130/100, die der Bundesrat bereits im ablehenden Sinn behandelt hat. Im Sommer 1986 reichte er zwei Initiativen zur Abschaffung der Autobahnvignette und der Schwerverkehrsabgabe ein.

Die Idee einer zweiten Röhre durch den Gotthard wird auch von den Automobilverbänden unterstützt. Aus psychologischen Gründen fände er es sinnvoll, wenn das Volk diesen Entscheid fällen könnte, erklärte der Direktor des Automobilclubs der Schweiz (ACS), Andre Arnaud, auf Anfrage. Wahrscheinlich würden die einzelnen ACS-Sektionen die Unterschriftensammlung unterstützen. Dagegen sei es kaum vorstellbar, dass der ACS auch im Initiativkomitee Einsitz nehmen werde, sagte Arnaud weiter. Auch der Präsident des Touring-Clubs der Schweiz (TCS), der Tessiner Franco Felder, sprach sich in einem Interview klar für den Bau einer zweiten Gotthardröhre aus.

**LEICHTER MEHR LEISTEN**  
**MODERNE OFFICE**  
 Modern Office AG  
 im BBB-Center  
 FL-9495 Triesen  
 Tel. 075 / 2 05 05